

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom 4. bis 6. September 2013 in Wilna (Litauen)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmer der deutschen Delegation	1
II. Einführung	1
III. Ablauf der Tagung.....	2
IV. Schlussfolgerungen der Konferenz.....	4

I. Teilnehmer der deutschen Delegation

An der dritten Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Johannes Pflug** (SPD), Delegationsleiter

Abgeordneter **Ernst-Reinhard Beck** (CDU/CSU)

II. Einführung

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) wurde durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlamentes auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Sie tritt zweimal im Jahr zusammen und ist jeweils Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft und der interparlamentarischen Veranstaltungen, die von dem nationalen Parlament des EU-Mitgliedstaates durchgeführt werden, das die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Die erste Konferenz fand im September 2012 in Paphos, Zypern,

statt. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem EP. Dazu treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der EU-Exekutive zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt.

III. Ablauf der Tagung

Die dritte Tagung der IPC fand auf Einladung des litauischen Parlaments in Wilna statt. Schwerpunktthemen der Tagesordnung waren die Beziehungen der EU zu den Staaten Aserbaidschan, Armenien, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine im Rahmen der sogenannten Östlichen Partnerschaft und die Überwindung der Kluft zwischen den Fähigkeiten und den Zielen der EU mit Blick auf die Sitzung des Europäischen Rates vom Dezember 2013, der sich in Wilna der GSVP widmen sollte. Zahlreiche Delegierte äußerten ihre Sorge über die Einflussnahme Russlands auf die Partnerländer, insbesondere über energiepolitische und sicherheitspolitische Maßnahmen. Von den Beratungen im Europäischen Rat in Wilna versprachen sich die Delegierten eine Wiederbelebung der GSVP.

Ferner nahm der Konflikt in Syrien einen großen Raum in den Debatten ein. Da es zu Syrien keinen eigenständigen Tagesordnungspunkt gab, nutzten die Delegierten dazu vor allem die Aussprachen im Anschluss an die Reden der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Catherine Ashton, und des Generalsekretärs der NATO, Anders Fogh Rasmussen.

Erstmals fand die IPC nicht unmittelbar nach, sondern vor dem informellen Treffen der EU-Außenminister („Gymnich-Treffen“) statt. Mehrere Delegierte versuchten daher in der Debatte mit dem litauischen Außenminister die Gelegenheit zu nutzen, die Rolle der IPC durch politische Botschaften an die EU-Außenminister zu stärken.

Erneut richtete die IPC, die nicht über Ausschüsse verfügt, zwei parallel tagende Arbeitsgruppen ein, in denen die Schwerpunktthemen der zweiten IPC vertieft beraten wurden. Hier stand der Meinungs- und Erfahrungsaustausch unter den Abgeordneten im Mittelpunkt.

Zusammenfassungen der Debatten sind Teil der beigefügten Schlussfolgerungen der Konferenz (Seite 4 ff).

Geschäftsordnung

Zur Behandlung von Geschäftsordnungsfragen trafen sich die Vertreter der Troika (Irland, Litauen, Griechenland und das Europäische Parlament), die Arbeitsgruppe des Ad-hoc-Überprüfungsausschusses (Zypern, Irland, Litauen, Griechenland, Italien und das Europäische Parlament) sowie der Ad-hoc-Überprüfungsausschuss (nur dort ist auch Deutschland vertreten).

Der Ad-hoc-Überprüfungsausschuss billigte eine von der Arbeitsgruppe vorbereitete Kategorisierung aller Änderungsanträge, die die weitere Beratung erleichtern soll. Die Änderungsanträge wurden in solche unterschieden, die mit dem Vertrag von Lissabon und den Schlussfolgerungen der Konferenz der Parlamentspräsidenten (EU-PPK) von Warschau vereinbar sein sollen und in solche, bei denen die Mitglieder der Arbeitsgruppe übereingekommen seien, dass sie dies nicht seien. Alle deutschen Änderungsanträge wurden in letztere Kategorie eingeteilt. Mehrere Delegationen, einschließlich der deutschen, äußerten Bedenken zu der von der Arbeitsgruppe gewählten Einordnung ihrer jeweiligen Änderungsanträge. Es wurde daher vereinbart, dass jede Delegation der Präsidentschaft eine Stellungnahme zu der Kategorisierung zuleiten könne.

Im Ad-hoc-Überprüfungsausschuss kam es nicht zu einer inhaltlichen Beratung der Änderungsanträge. Diese wurde auf die kommende Präsidentschaft (Griechenland) im ersten Halbjahr 2014 mit dem Ziel einer abschließenden Beratung während der italienischen Präsidentschaft (zweites Halbjahr 2015) vertagt.

Schlussfolgerungen (Abschlussklärung)

Auf Vorschlag der deutschen Delegation wurden die Schlussfolgerungen um die Forderung ergänzt, die Situation in Syrien an den Internationalen Strafgerichtshof überweisen zu können. Eine weitere von der deutschen Delegation angeregte Änderung betrifft die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat vor dem Hintergrund des beabsichtigten Beitritts der EU zur Europäischen Konvention für Menschenrechte.

Auf Initiative der niederländischen Delegation wurde für die nächste IPC eine Debatte über die Rolle der Parlamente bei zivilen und militärischen Missionen der EU vereinbart.

Die Schlussfolgerungen sind ab Seite 4 abgedruckt.

Johannes Pflug
Delegationsleiter

IV. Schlussfolgerungen der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

4.-6. September 2013, Vilnius

Die Interparlamentarische Konferenz,

gestützt auf den Beschluss der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union vom April 2012 in Warschau bezüglich der Einsetzung und des Mandats dieser Konferenz;

gestützt auf Titel II des Protokolls Nr. I des Vertrags von Lissabon bezüglich der Förderung der effektiven und regelmäßigen interparlamentarischen Zusammenarbeit innerhalb der Union;

unter Berücksichtigung der im Vertrag von Lissabon für die Institutionen der Europäischen Union (EU) vorgesehenen neuen Befugnisse und Instrumente im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik; in dem Bewusstsein, dass die neuen Instrumente der Union bessere Möglichkeiten bieten, entsprechend ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht auf internationaler Ebene Einfluss auszuüben;

in dem Bewusstsein des vielschichtigen Entscheidungsprozesses in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP); in dem Bewusstsein, dass die effektive Umsetzung dieser Politiken die Einbeziehung zahlreicher politischer Akteure auf EU-Ebene und nationaler Ebene erfordert; in dem Bewusstsein der Verantwortung für die Förderung der parlamentarischen Kontrolle und das Voranbringen der interparlamentarischen Zusammenarbeit in den Bereichen der GASP und GSVP;

unter Berücksichtigung des sich rasch verändernden geopolitischen Umfelds und der zunehmenden Bedeutung neuer außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen wie Klimawandel, transnationale Kriminalität und transnationaler Terrorismus, Hochseepiraterie, Sicherheit der Energieversorgung, Cyber-Angriffe, Pandemien sowie schwache und zerfallende Staaten und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und konventionellen Waffen;

in dem Bewusstsein, dass die Entwicklung des internationalen geopolitischen Szenarios die zentrale Rolle der Parlamente, die im Mittelpunkt globaler Entscheidungen in Bezug auf Krisen und Konflikte stehen, in den Vordergrund gerückt hat;

GASP: Der Konflikt in Syrien

1. äußert ihre größte Sorge über den fortdauernden Konflikt in Syrien, bei dem bereits über 100.000 Menschen – zumeist Zivilisten – getötet wurden; weist auf die massive humanitäre Krise hin, die als Folge des Konflikts entstanden ist und sich auf die gesamte Region auswirkt; stellt beunruhigt fest, dass nach Schätzungen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen (VN) für Flüchtlinge über zwei Millionen Syrer aus ihrem Land geflohen sind und in den Nachbarländern Zuflucht gesucht haben;
2. äußert höchste Besorgnis über den Einsatz chemischer Waffen in Syrien und insbesondere den Chemiewaffenangriff, der sich am 21. August 2013 in den Vororten von Damaskus ereignete und bei dem Berichten zufolge über 1.400 Menschen getötet wurden, darunter mindestens 400 Kinder; sieht den Schlussfolgerungen der Untersuchung dieses Zwischenfalls durch die Expertenmission der VN mit Interesse entgegen und bedauert gleichwohl, dass die Mission ihre Untersuchungen nicht unverzüglich nach dem Angriff aufnehmen durfte; ist der Auffassung, dass der nach dem Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen von 1997 verbotene Einsatz von Massenvernichtungswaffen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, das auf das Schärfste verurteilt werden muss und eine entschlossene internationale Reaktion erfordert, darunter auch eine mögliche Überweisung an den Internationalen Strafgerichtshof;

3. betont die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft und insbesondere des Sicherheitsrats der VN dafür, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die diese Verbrechen verübt haben, und entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinen Nationen geeignete Maßnahmen zu treffen, um dafür zu sorgen, dass sich solche Verbrechen nicht wiederholen; fordert Russland und China als ständige Mitglieder des Sicherheitsrats der VN auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und den Sicherheitsrat nicht länger zu blockieren und die Erarbeitung einer gemeinsamen Position und einer politischen Lösung des syrischen Konflikts zu unterstützen; ist der Auffassung, dass die EU sich gemeinsam mit ihren internationalen Partnern entschlossen für die Förderung einer politischen Lösung einsetzen sollte, die für die Umsetzung friedlicher, umfassender und demokratischer Reformen in Syrien von entscheidender Bedeutung ist; unterstützt die Einberufung der Genf-II-Friedenskonferenz als Folgekonferenz zur Konferenz über den Syrien-Konflikt im Juni 2012;
4. fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, sich gegenüber den syrischen Flüchtlingen solidarisch zu zeigen und ihnen die notwendige Unterstützung und Hilfe zur Verfügung zu stellen; ist der Auffassung, dass die dramatischen Ereignisse in Syrien die EU zwingen, sich der Idee einer humanitären Reaktion anzuschließen; betont, dass es notwendig ist, zu diesem Zweck Ressourcen bereitzustellen und die Arbeitsmethoden und Ziele eines neuen euro-mediterranen Rahmens festzulegen;

GASP: Die Entwicklung eines umfassenden Ansatzes

5. ist der Auffassung, dass die außen- und sicherheitspolitischen Ziele der EU auf dem übergreifenden Ziel beruhen sollten, einen Beitrag zum Frieden zu leisten, Konflikte zu verhüten und Menschenrechte, Demokratie und das Völkerrecht zu fördern – Grundsätze, die der Schaffung der EU selbst zugrunde lagen – und dahingehend weiterentwickelt werden sollten;
6. ist der Auffassung, dass auf Unionsebene eine strategischere außenpolitische Koordinierung stattfinden sollte, wenn die EU ihren internationalen Einfluss stärker geltend machen und ihre außenpolitischen Ziele effektiver umsetzen will; ist der Ansicht, dass für die EU angemessene Ressourcen bereitgestellt werden sollten, um auf der weltpolitischen Bühne effektiv und konsequent handeln zu können;
7. hebt hervor, dass die EU nur durch die Annahme eines umfassenden außen- und sicherheitspolitischen Ansatzes, der nicht nur diplomatische und wirtschaftliche Instrumente, sondern auch die Entwicklungshilfe und in letzter Konsequenz und im Einklang mit der Charta der VN auch militärische Mittel beinhaltet, davon ausgehen kann, globale Bedrohungen effektiv bekämpfen und ihre strategischen Interessen und Grundwerte fördern zu können; ist der Auffassung, dass der Lissabon-Vertrag der EU die Annahme dieses umfassenden Ansatzes ermöglicht, und sieht den entsprechenden Ausführungen der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) in ihrem Bericht über die Rolle der GSVP innerhalb dieses umfassenden Ansatzes mit Interesse entgegen;
8. nimmt die von der HV/VP im Juli 2013 veröffentlichte Überprüfung der Organisation und Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) zur Kenntnis; stellt fest, dass der EAD seine Tätigkeit inmitten der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten und vor dem Hintergrund beispielloser ziviler und politischer Umbrüche in der südlichen Nachbarschaft der EU aufgenommen hat; erkennt die Bemühungen der HV/VP um eine stärkere Koordinierung sowie Synergien, wirtschaftliche Größenvorteile, positive Wechselwirkungen und Bindekräfte der verschiedenen außenpolitischen Instrumente der EU und auch ihrer Mitgliedstaaten und die Entwicklung einer geeinteren Außen- und Sicherheitspolitik allgemein an; ist der Ansicht, dass das gesamte Potenzial der im Lissabon-Vertrag vorgesehenen Instrumente einschließlich der Möglichkeiten der strukturierten Zusammenarbeit noch nicht vollständig genutzt wurde;

9. begrüßt die Bemühungen der HV/VP um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in der Welt und begrüßt insbesondere die Verabschiedung des Strategischen Rahmens der EU für Menschenrechte und Demokratie im Jahr 2012; ist der Auffassung, dass der Sonderbeauftragte der EU für Menschenrechte die Effektivität und Außenwirkung der Menschenrechtspolitik der EU verbessert hat; unterstützt ein aktiveres Engagement der Zivilgesellschaft beim Schutz der Menschenrechte im Ausland und in den Außenbeziehungen der EU im Allgemeinen; sieht dem Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention und der verstärkten Zusammenarbeit mit dem Europarat mit Interesse entgegen;
10. hebt die Bedeutung der Beibehaltung engerer Beziehungen zu den strategischen Partnern der EU hervor; stellt heraus, dass strategische Partnerschaften auf gemeinsamen Grundvorstellungen und nicht zuletzt auf dem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten beruhen müssen und regelmäßig – auch im Rahmen der parlamentarischen Zusammenarbeit – überprüft werden sollten; begrüßt den Beginn der Verhandlungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, die nicht nur für mehr Arbeitsplätze und Wachstum in den beiden größten Volkswirtschaften der Welt sorgen, sondern auch auf internationaler Ebene die Werte und Interessen fördern kann, die die Grundlage der transatlantischen Partnerschaft bilden;

Die GASP und die externe Dimension der Energiepolitik der EU

11. unterstreicht die Bedeutung der Sicherstellung der Kohärenz zwischen der Außen- und Energiepolitik der EU, darunter auch durch Verbesserung der Binnenenergieeffizienz und Reduzierung der Energieabhängigkeit von Drittländern, d.h. vor allem den Ländern, die nicht die Grundwerte der EU teilen oder bei denen die Gefahr besteht, dass Energieressourcen als Instrument zur Unterminierung der außenpolitischen Ziele der EU genutzt werden;
12. erinnert an die Aufforderung des Rates an die Kommission, bis Ende 2013 einen Bericht über den Stand der Umsetzung der Energieaußenpolitik der EU vorzulegen, und sieht der darauf folgenden Debatte über dieses Thema mit Interesse entgegen; ist der Auffassung, dass die Sicherstellung der atomaren Sicherheit in den Nachbarländern der EU integraler Bestandteil der Energieaußenpolitik der EU sein muss und dass die EU auf internationaler Ebene höchstmögliche atomare Sicherheitsstandards fördern sollte; unterstreicht, dass Energiesicherheit ein Hauptanliegen der Union ist und als solche auf strategischere Weise in die GASP integriert werden sollte, auch im Rahmen von Dialogen mit strategischen Partnern und in wichtigen multilateralen Foren;

Die GASP und die Europäische Nachbarschaftspolitik

13. stellt die Bedeutung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) heraus, die eine Gemeinschaftspolitik ist, und betont die Notwendigkeit, die GASP und die ENP im Rahmen des umfassenden Ansatz enger miteinander zu verzahnen; unterstützt vor dem Hintergrund der zentralen Rolle des Grundsatzes des effektiven Multilateralismus in der außenpolitischen Strategie der EU die Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit innerhalb der regionalen ENP-Formate, d.h. der Östlichen Partnerschaft und der Union für den Mittelmeerraum; erkennt gleichwohl an, dass die EU-Nachbarn unterschiedliche Ansprüche an eine Zusammenarbeit mit der EU stellen und dass folglich die Beziehungen zu jedem einzelnen Partner einzigartig sind und die ENP-Instrumente individuell auf die jeweiligen Belange dieser Beziehungen zugeschnitten sein sollten; fordert die Partnerländer auf, in ihren Reformbestrebungen und ihrem Bekenntnis zu Reformen nicht nachzulassen und eine engere politische und wirtschaftliche Anbindung an die EU anzustreben;
14. hebt die strategische Bedeutung der Länder der Östlichen Partnerschaft für die GASP hervor; fordert daher den 3. Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius auf, den Ländern der Östlichen Partnerschaft, die ihre Verpflichtungen und die Anforderungen erfüllen, den Weg zu einer engeren politischen Anbindung und vertieften wirtschaftlichen Integration zu ebnen; erkennt die Bestrebungen der Östlichen Partner auf der Grundlage ihrer Ziele und daraus resultierenden Verpflichtungen an, darunter auch die in Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union enthaltenen Ziele und Verpflichtungen, sofern sie die entsprechenden Kriterien erfüllen;

15. begrüßt entsprechend dem Grundsatz „Mehr für mehr“ die Fortschritte bei den Verhandlungen mit den Östlichen Partnern über bilaterale Assoziierungsabkommen und vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen, darunter den Abschluss von Visae erleichterungsabkommen und Fortschritte bei der Visa-Liberalisierung, die die Kontakte unter den Menschen stärken und die allgemeinen politischen Beziehungen zu diesen Ländern verbessern; begrüßt in diesem Zusammenhang den Abschluss von Visae erleichterungsabkommen mit Aserbaidschan und Armenien und die Fortschritte bei den Verhandlungen mit der Republik Moldau, Georgien und der Ukraine über die Aktionspläne zur Visa-Liberalisierung;
16. unterstreicht die Notwendigkeit einer geschlossenen und konsequenten Reaktion der EU auf den politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Druck der Russischen Föderation gegenüber den Ländern der Östlichen Partnerschaft, was gegen die Grundsätze der Schlussakte von Helsinki, die WTO-Verpflichtungen und das Völkerrecht verstößt, und fordert die Achtung des souveränen Rechts dieser Länder, ihren politischen Weg zur EU selbst zu bestimmen; fordert die Europäische Kommission nachdrücklich auf, ihre Bemühungen in den Verhandlungen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass ihnen die auf dem Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius getroffenen Entscheidungen unwiderrufliche Fortschritte hin zu einer immer engeren Partnerschaft mit der EU ermöglichen;
17. fordert eine intensivere Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft im Rahmen der GSVP mit dem Ziel, unter anderem deren Beteiligung an EU-Krisenmanagementoperationen und -missionen weiter zu fördern;
18. begrüßt das Engagement der HV/VP in der südlichen Nachbarschaft und ihre fortwährenden Bemühungen um die Förderung von Frieden, Stabilität und demokratischem Wandel in der Region;
19. äußert ihre tiefe Sorge über die Lage in Ägypten; verurteilt die exzessive Gewalt aller Parteien, sowohl von Seiten der staatlichen Sicherheitsorgane als auch der Oppositionskräfte, durch die bereits mehrere Hundert unschuldige Zivilisten und Sicherheitskräfte ums Leben gekommen sind; fordert alle Konfliktparteien nachdrücklich auf, ihre Streitigkeiten durch friedlichen Dialog beizulegen, und fordert eine umfassende politische Vereinbarung über die Übertragung von Machtbefugnissen an demokratisch gewählte Führer in naher Zukunft;
20. begrüßt die Initiative des US-Außenministers für einen Neustart des Friedensprozesses im Nahen Osten durch die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde über den endgültigen Status; fordert beide Konfliktparteien auf, die Verhandlungen ernst zu nehmen und ihre jeweiligen Gesellschaften in die Diskussion über die Vorteile und die Notwendigkeit der Verwirklichung eines dauerhaften Friedensabkommens einzubeziehen; unterstreicht, dass die Lösung des Konflikts den Interessen Israels und der Palästinensischen Behörde sowie der EU und der internationalen Staatengemeinschaft dienlich wäre; fordert alle Parteien auf, auf Initiativen zu verzichten, die den erfolgreichen Abschluss der Gespräche präjudizieren oder untergraben können – insbesondere mit Blick auf den jüngsten Beschluss der israelischen Regierung, den Ausbau einiger Siedlungen zu genehmigen;
21. stellt fest, dass die EU-Parlamente die wichtige Aufgabe haben, die Parlamente und die Zivilgesellschaft in den Reformländern zu unterstützen, und dass diese Unterstützung dazu beitragen könnte, die Grundlagen für eine robuste und effektive parlamentarische Demokratie in diesen Ländern zu schaffen; vertritt die Auffassung, dass die parlamentarische Diplomatie einen wichtigen Beitrag zu den außenpolitischen Zielen der EU, d.h. zur Stärkung der Menschenrechte und zur Beteiligung an demokratischen Reformen, leisten kann; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der umfassenden Nutzung von Plattformen der parlamentarischen Kooperation wie die parlamentarischen Versammlungen EURONEST und EUROMED;

Überprüfung der Europäischen Sicherheitsstrategie

22. stellt fest, dass die vor zehn Jahren verabschiedete derzeitige Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) den neuen globalen Realitäten nicht in vollem Umfang gerecht wird und eine Überprüfung der Strategie geboten ist; weist darauf hin, dass der Überprüfungsprozess an sich ein wertvoller Prozess sein und die Möglichkeit zur Wiederbelebung der GSVP bieten kann; ist der Auffassung, dass der Europäische Rat im Dezember ein geeigneter Zeitpunkt und Ort für die Diskussion über die Überprüfung der ESS sein könnte; äußert ihre Auffassung, dass die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament so weit wie möglich in die Überprüfung einbezogen werden sollten, um größtmöglichen Konsens über die neue ESS zu erreichen;
23. stellt fest, dass konventionelle sicherheitspolitische Herausforderungen und Fähigkeiten zwar weiterhin das Rückgrat der Verteidigungspolitik allgemein bilden werden, neue Herausforderungen im Bereich Cyber-, Weltraum-, Hochsee- oder Energiesicherheit aber einen besonderen Platz in der Sicherheits- und Verteidigungsstrategie der EU haben und auf umfassende Weise auf Unionsebene behandelt werden sollten; weist darauf hin, dass die EU-Strategie für Cybersicherheit einen Mehrwert schafft, während eine weitere Diskussion über die Entwicklung der Rolle und des Beteiligungsumfangs der EU im Weltraum wünschenswert ist; stellt fest, dass die Streitkräfte der größte öffentliche Energieverbraucher in Europa sind und man sich darum bemühen sollte, die effiziente Nutzung von Energie vor allem bei Operationen zu verbessern; unterstützt die „Military Green“-Maßnahme der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA); begrüßt die Initiative der Kommission zur Festlegung möglicher Ziele und Schwerpunktbereiche für Maßnahmen auf EU-Ebene in Richtung eines umfassenden Energiekonzepts für die Streitkräfte;

GASP/GSVP: auf dem Weg zum Europäischen Rat im Dezember

24. wiederholt ihre Forderung an den Europäischen Rat, dringend notwendige Impulse zu geben, um die gravierenden Einschnitte in die europäische Verteidigung zu bekämpfen und Vorschläge für schnellere Entscheidungen im Bereich der GSVP und die Finanzierung von GSVP-Operationen sowie für eine strukturierte Zusammenarbeit und die Zukunft der EU-Gefechtsverbände vorzulegen; wiederholt darüber hinaus ihre Forderung an den Europäischen Rat, einen Fahrplan mit spezifischen Zeitvorgaben für Fortschritte in Verteidigungsfragen zu erarbeiten, der alle einschlägigen Bestimmungen des Lissabon-Vertrags beinhaltet, um vor dem Hintergrund erheblicher Kürzungen in den Verteidigungshaushalten aller Mitgliedstaaten die Sicherheit der Union zu gewährleisten;
25. ist der Auffassung, dass die EU-Gefechtsverbände eines der wichtigsten Instrumente der GSVP sein können, hebt aber hervor, dass Maßnahmen getroffen werden sollten, um ihren Nutzen besser zu definieren, z.B. durch Entscheidung für den modularen Ansatz, Verstärkung von Ausbildung, Übungen und Zertifizierung, Verbesserung der Vorausplanung und Gewährleistung einer gerechteren Verteilung der Lasten; unterstützt in diesem Zusammenhang den Vorschlag, dass der Europäische Rat bei seinem Treffen im Dezember einen neuen Ansatz bezüglich der Krisenreaktionspotenziale der EU befürwortet;
26. unterstreicht, dass die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO entscheidend ist für den Stopp der Einschnitte in die europäische Verteidigung und die Stärkung der europäischen Säule des transatlantischen Bündnisses; ist der Auffassung, dass eine engere Abstimmung der Verteidigungsplanung zwischen EU und NATO zur Vermeidung von Doppelarbeit zwischen den beiden Partnern beitragen würde und dass in diesem Zusammenhang die Synchronisierung und Harmonisierung des Europäischen Plans zur Fähigkeitenentwicklung mit dem Verteidigungsplanungsprozess der NATO wünschenswert wäre; erkennt die Fortschritte an, die im Hinblick auf die praktische Zusammenarbeit zwischen EU und NATO in der Strategieplanung und bei der Durchführung von Operationen erzielt wurden;
27. ist der Auffassung, dass bei den Bemühungen um die Rationalisierung des Fähigkeitenentwicklungsprozesses klare geographische und einsatzbezogene Prioritäten festgelegt werden sollten; ist der Ansicht, dass diese Prioritäten die Festlegung der Mischung aus weichen und harten Fähigkeiten erleichtern und einen Leitfaden für Beschaffungsprogramme bieten würden; fordert, die Kluft zwischen den Zielen und Fähigkeiten der GSVP durch Anpassung der beiden Faktoren aneinander zu beseitigen; fordert eine effizientere

regionale Abstimmung zwischen den verschiedenen GSVP-Missionen – vor allem zwischen den Missionen, die im gleichen geographischen Bereich stattfinden, beispielsweise am Horn von Afrika;

28. unterstützt die Bündelung und gemeinsame Nutzung von militärischen Fähigkeiten der EU; stellt fest, dass die meisten Mitgliedstaaten für sich allein nicht in der Lage sind, moderne, auf dem neuesten Stand der Technik befindliche Fähigkeiten zu entwickeln; stellt die wichtige Rolle der EVA bei der Rationalisierung des Beschaffungsbedarfs im Bereich der Verteidigung in der gesamten EU heraus; unterstreicht, dass mehr für die Koordinierung der laufenden de-facto-Spezialisierung bei den Fähigkeiten innerhalb der EU und mit der NATO getan werden sollte, um die Überkapazitäten eindeutig zu bestimmen, die den operativen Bedürfnissen nicht gerecht werden, und eine Einigung über deren Reduzierungsziele zu erzielen; ist der Auffassung, dass die Standardisierung der Verteidigung und die gemeinsame Nutzung hybrider (militärischer und ziviler) Standards zur „Pooling and Sharing“-Initiative der EVA beitragen und die Zusammenarbeit und Interoperabilität zwischen der europäischen Streitkräften verbessern würde; fordert die effektive Umsetzung des Verhaltenskodex für das „Pooling and Sharing“; fordert die flexiblere Nutzung von EU-Mitteln bei verteidigungsbezogenen Aktivitäten zwecks Unterstützung von Technologien, die für zivile und militärische Zwecke genutzt werden können,;
29. ist der Auffassung, dass eine starke europäische industrielle und technologische Basis im Bereich der Verteidigung für die Aufrechterhaltung nachhaltiger europäischer Verteidigungsfähigkeiten von grundlegender Bedeutung ist; hebt hervor, dass die europäische Rüstungsindustrie nicht nur für die Sicherheit Europas wichtig ist, sondern auch zum Wirtschaftswachstum beiträgt, Arbeitsplätze schafft und Innovationen fördert; begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission in Bezug auf einen wettbewerbsfähigeren und effizienteren Rüstungs- und Sicherheitssektor; hofft auf weitere Fortschritte bei der Umsetzung von europäischen Leuchtturmprojekten wie Luftbetankung oder unbemannte Luftfahrzeuge;

Die zukünftige Arbeit der Interparlamentarischen Konferenz

30. fordert das nächste Präsidenschaftsparlament auf, im Zusammenhang mit der Überprüfung der Effektivität der GSVP-Missionen einen Meinungsaustausch über die parlamentarischen Abläufe und Praktiken in Bezug auf diese Missionen zu organisieren;

Die zukünftige Arbeit des Ad-hoc-Überprüfungsausschusses

31. nimmt die ersten Arbeiten des Ad-hoc-Überprüfungsausschusses bezüglich der praktischen Vorkehrungen der Interparlamentarischen Konferenz und die Vorschläge der nationalen Parlamente zur Kenntnis; nimmt die Absicht zur Kenntnis, während der griechischen Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2014 eine Sitzung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe anzuberaumen; erinnert daran, dass die Entscheidung über die abschließenden Empfehlungen des Ad-hoc-Überprüfungsausschusses von der Interparlamentarischen Konferenz während der italienischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2014 zu treffen ist;
32. fordert das Präsidenschaftsparlament auf, die vorliegenden Schlussfolgerungen an alle Delegationen, die Präsidenten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission und die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik weiterzuleiten.

ANHANG
zu den Schlussfolgerungen
BERATUNGEN DER INTERPARLAMENTARISCHEN KONFERENZ

Einleitende Bemerkungen

Die Interparlamentarischen Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) fand vom 4. bis 6. September 2013 im Seimas der Republik Litauen in Vilnius statt.

Die Interparlamentarische Konferenz wurde von den Gastgebern, Prof. Benediktas JUODKA, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, und Artūras PAULAUSKAS, Vorsitzender des Ausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung des Seimas der Republik Litauen, eröffnet. Die Teilnehmer wurden von Dalia GRYBAUSKAITĖ, Präsidentin der Republik Litauen, Dr. Vydas GEDVILAS, Präsident des Seimas der Republik Litauen, und Elmar BROK, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, begrüßt.

Der Schwerpunkt der Debatten lag auf folgenden Themen: *Die Förderung der Demokratie in einem größeren Europa: Ideen und Instrumente* (Hauptredner: Linas LINKEVIČIUS, Außenminister der Republik Litauen), *Auf dem Weg zum Europäischen Rat im Dezember: Die Prioritäten Litauens* (Hauptredner: Juozas OLEKAS, Verteidigungsminister der Republik Litauen), *EU-Prioritäten und Strategien der GASP und GSVP* (Hauptredner: Baroness Catherine ASHTON, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP)), und *Die zukünftige Zusammenarbeit zwischen EU und NATO* (Hauptredner: Anders Fogh RASMUSSEN, Generalsekretär der NATO).

Darüber hinaus fanden zwei spezielle Workshops zu den Themen *Die Überwindung der Kluft zwischen den Fähigkeiten und den Zielen der EU: auf dem Weg zum Europäischen Rat im Dezember* und *Die Östliche Partnerschaft und ihre strategische Bedeutung für die Europäische Union*. Die Berichterstatter Pat BREEN, Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Handel der beiden Kammern des irischen Oireachtas, und Ioannis KEFALOGIANNIS, Mitglied des Ständigen Ausschusses für nationale Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten des griechischen Parlaments, unterrichteten alle Teilnehmer der Interparlamentarischen Konferenz über die Resultate der beiden Workshops.

Entsprechend dem Beschluss der Interparlamentarischen Konferenz vom 25. März 2013 in Dublin fand das erste Treffen des Ad-hoc-Überprüfungsausschusses zur Frage der praktischen Vorkehrungen der Interparlamentarischen Konferenz am 5. September 2013 in Vilnius statt. Der Ad-hoc-Überprüfungsausschuss stimmte dem endgültigen Zeitplan für den Überprüfungsprozess und der Synopse der von den nationalen Parlamenten vorgeschlagenen Änderungen zu und nahm die ersten Vorschläge des Seimas der Republik Litauen als Präsidenschaftsparlament zur Kenntnis.

Überblick über die Präsentationen und Debatten

TEILSITZUNG I

In seiner Präsentation stellte Außenminister Linas LINKEVIČIUS die Prioritäten der litauischen EU-Ratspräsidentschaft vor: ein glaubwürdiges Europa, ein wachsendes Europa und ein offenes Europa. Im Zusammenhang mit letztgenannter Priorität ist die engere Zusammenarbeit mit den EU-Nachbarn – insbesondere den Ländern der Östlichen Partnerschaft – eine wichtige Dimension. Außenminister LINKEVIČIUS betonte, dass der Prozess des politischen und wirtschaftlichen Engagements der östlichen Nachbarn einen Mehrwert an sich darstellen könne. Er stellte besonders die Bedeutung der Ukraine heraus und bezeichnete sie als „Lackmustest“ für den Erfolg der Östlichen Partnerschaft. Der Minister betonte, dass die Länder das Recht haben sollten, ihre außenpolitischen Ziele frei zu wählen; wirtschaftliche Drohungen und politischer Druck von außen seien nicht

hinnehmbar. Der Minister erläuterte, dass es zwar in der Ukraine Probleme gegeben habe, z.B. Vorfälle im Zusammenhang mit selektiver Justiz, hob aber hervor, dass die Beziehungen zur Ukraine stets im erweiterten geopolitischen Kontext gesehen werden sollten. Deshalb sollte die EU aktiv handeln und die Ukraine auffordern, den Weg der Reformen fortzusetzen. Der Minister forderte darüber hinaus Armenien auf, dafür zu sorgen, dass die Anstrengungen, die man in Bezug auf das Assoziierungsabkommen unternommen habe, nicht umsonst waren, und forderte das Engagement von Belarus, aber nicht auf Kosten europäischer Werte. Darüber hinaus forderte er die Entwicklung einer klareren Strategie für die Zukunft der Östlichen Partnerschaft.

Verteidigungsminister Juozas OLEKAS stellte die Bedeutung des Europäischen Rates im Dezember heraus – der erste spezialisierte Rat dieser Art seit fünf Jahren –, der die Debatte über die Zukunft der europäischen Verteidigungspolitik voranbringen soll. Nach Auffassung des Ministers tritt die EU im Bereich des Krisenmanagements nach wie vor sehr zurückhaltend auf, und diese Rolle könnte jetzt vor dem Hintergrund der Kürzungen in den Verteidigungshaushalten weiter geschwächt werden. Ein wichtiger Aspekt der EU-Verteidigungspolitik sollte die Verstärkung ihrer Außenwirkung sein. Er schlug daher die Bildung einer Verteidigungsformation des EU-Rates vor und wies auf die Bedeutung der Überprüfung der zehn Jahre alten europäischen Sicherheitsstrategie hin, die kein geeignetes strategisches Leitbild abgegeben habe. Der Minister stellte darüber hinaus weitere wichtige Prioritäten der EU-Verteidigungspolitik heraus: die Stärkung der Rolle der EU als Sicherheitsgarant in der Nachbarschaft der EU durch Beteiligung an Sicherheitspartnerschaften wie mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft, die Aufrechterhaltung einer starken transatlantischen Partnerschaft, die für die Sicherheit Europas von entscheidender Bedeutung sei, die Konzentration auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen wie Cyber-, Energie- und Hochseesicherheit, die effizientere Nutzung von Energie im militärischen Bereich, die Verbesserung von Krisenreaktionsfähigkeiten und die Stärkung der Verteidigungsdimension im Rahmen des umfassenden außenpolitischen Ansatzes.

Während der Debatte äußerten sich viele Redner besorgt über die Lage in Syrien und wiesen auf die Bedeutung der Herbeiführung einer politischen Lösung der Krise hin. Die Abgeordneten forderten darüber hinaus eine echte gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere im aktuellen geopolitischen Kontext, wiesen aber auf die Gefahr der Kürzungen in den Verteidigungshaushalten hin. Andere betonten, dass die EU, wenn sie über eine starke GSVP verfügen wolle, auch eine starke GASP haben müsse, um die Rolle der EU als legitimer internationaler Akteur und Sicherheitsgarant zu verankern. Es wurde betont, dass es im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik an Geschlossenheit gemangelt habe und dies Europas Schwäche zeige. Man hob die Reibungsverluste auf dem Beschaffungsmarkt hervor, forderte eine stärkere Rolle der EVA und schlug die mögliche Einsetzung eines Verteidigungsbeauftragten in der Europäischen Kommission vor. Eine weitere wichtige Dimension der Diskussion waren die Beziehungen der EU zu den Östlichen Partnern und speziell der wachsende Druck von Seiten Russlands gegenüber diesen Ländern. Man äußerte sich besorgt über die Armeniens Engagement zur Intensivierung der Beziehungen zur EU. Einige Delegierte forderten die EU auf, sich stärker für die Sicherung engerer Partnerschaften mit Ländern wie der Republik Moldau oder der Ukraine einzusetzen, ohne die die von Russland geförderte Eurasische Union ein Papiertiger wäre.

TEILSITZUNG II

Die HV/VP Baroness Catherine ASHTON betonte, dass sich ein Bogen der Instabilität um die EU herum entwickelt habe und die EU sich aktiver in die Konfliktprävention in der Region einbringen sollte, da es wirtschaftlicher sei, Konflikte zu verhüten, als deren Folgen zu bewältigen. Die HV/VP erinnerte an ihre aktiven Vermittlungsbemühungen in Ägypten, das die EU als vertrauenswürdigen Gesprächspartner betrachte. Die EU sollte den Iran weiterhin in den EU3+3-Rahmen einbinden und sich nach Kräften um eine dauerhafte politische Lösung für die Krise in Syrien bemühen und dazu die Genf-II-Friedenskonferenz einberufen. Die HV/VP sprach auch über den Druck von außen, dem sich die Länder der Östlichen Partnerschaft vor dem Hintergrund des bevorstehenden 3. Gipfels zur Östlichen Partnerschaft im November 2013 in Vilnius gegenübersehen. Sie wies auch auf die Fortschritte in den Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo hin, die eine direkte Folge des aktiven Engagements der EU seien.

Während der Debatte warfen die Abgeordneten viele Fragen in Bezug auf Syrien, Ägypten und die weitere Region auf. Einige schlugen vor, die finanzielle Unterstützung für die Länder in der Region zu verstärken und forderten einen eigenen Marshall-Plan der EU für den Nahen Osten. Die Abgeordneten stellten der HV/VP darüber hinaus Fragen zum bevorstehenden Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius und den wachsenden Druck auf die östlichen Partner von Seiten Russlands.

In Beantwortung der Fragen betonte die HV/VP die Bedeutung der Synchronisierung der Rüstungsbeschaffungsstandards in der gesamten EU und wies auf den Erfolg der ATALANTA-Mission hin, durch die im Operationsgebiet der Mission ein Rückgang der Piraterie um 93 % zu verzeichnen gewesen sei. Sie sprach auch über die Ausbreitung der Instabilität im Nahen Osten und erinnerte daran, dass die EU bereits der größte Hilfleister in der Region sei. Im Hinblick auf die europäischen Nachbarn hob sie die Fortschritte in den Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo als einen der größten Erfolge der EU-Diplomatie hervor und betonte, dass die EU die Erweiterungspolitik im westlichen Balkan fortsetzen sollte.

TELSITZUNG III

NATO-Generalsekretär Anders Fogh RASMUSSEN verurteilte den Chemiewaffenangriff in Syrien auf das Schärfste. Er betonte, dass die NATO ein Forum für Konsultationen zwischen den Mitgliedern über alle Angelegenheiten sei und die NATO sich zum Schutz ihrer südöstlichen Grenze verpflichtet habe. Er wies auf die besorgniserregende Tendenz der Kürzung der Verteidigungshaushalte vor dem Hintergrund zunehmender sicherheitspolitischer Herausforderungen hin. Er erklärte, dass die Rüstungsausgaben in China im Jahr 2015 die Ausgaben der acht größten europäischen NATO-Bündnispartner zusammen übersteigen würden. Darüber hinaus gebe es zu viele Überschneidungen bei den Fähigkeiten sowie unterschiedliche Standards unter den NATO-Mitgliedern – dies führe zur ungenügenden Nutzung von Größenvorteilen und zu ineffizienter Ausbildung. Der Generalsekretär unterstrich die Bedeutung einer starken NATO und der Entwicklung einer starken europäischen Verteidigungssäule. In diesem Zusammenhang sollten wir uns auf drei Prioritäten konzentrieren: die Entwicklung von Fähigkeiten, die Entwicklung starker Kräfte und die Entwicklung einer robusten Rüstungsindustrie. Er betonte auch, dass EU und NATO die gleichen Werte und die gleiche Vision teilten; sie befänden sich auf dem gleichen Weg und würden in die gleiche Richtung streben. Er forderte daher Zusammenarbeit statt Doppelarbeit und wies auf die dringende Notwendigkeit hin, Fähigkeiten aufzubauen und keine Bürokratien.

Während der Debatte hoben mehrere Redner die zunehmende Bedrohung durch Cyber-Angriffe und die Notwendigkeit hervor, mit diesen ähnlich wie mit konventionellen Angriffen umzugehen. Es wurde anerkannt, dass Europa die Führung im Krisenmanagement übernehmen könne, aber nicht über ausreichende Fähigkeiten verfüge, was während der Operation in Libyen deutlich zu Tage getreten sei. Darüber hinaus fand ein lebhafter Meinungsaustausch über die mögliche Rolle der NATO in Syrien statt. Generalsekretär RASMUSSEN erläuterte, dass eine NATO-Streitkräfteführung (C2) für die von einigen Bündnispartnern geplante kurze und gezielte Operation in Syrien nicht notwendig sei. Praktische Vorschläge über eine effektivere Zusammenarbeit zwischen EU und NATO beinhalteten viele Ideen wie die Verteidigungsstandardisierung zwischen EU und NATO und die gemeinsame Ausbildung von NATO-Reaktionskräften und EU-Gefechtsverbänden. Der Generalsekretär begrüßte das gemeinsame Ideenpapier Litauens, der Niederlande und Polens über die strategische Partnerschaft zwischen EU und NATO einschließlich aller ihrer Bestandteile. Delegierte und Hauptredner stimmten darin überein, dass eine Reaktion auf die Chemiewaffenangriffe und die Herbeiführung einer langfristigen Lösung für den Syrien-Konflikt zwei sehr unterschiedliche Ansätze bedinge und stellten fest, dass Letzteres eine politische Lösung erfordere.

Arbeitsgruppe 1 – Die Östliche Partnerschaft und ihre strategische Bedeutung für die Europäische Union

Der Workshop wurde von Audronius AZUBALIS, Stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Seimas der Republik Litauen, moderiert. Die Präsentationen wurden von Gunnar WIEGAND, Direktor der Abteilung für Russland, Östliche Partnerschaft, Zentralasien, regionale Zusammenarbeit und OSZE des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Sofia ARKELSTEN, Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des schwedischen Riksdagen, und Dr. Laurynas Kaščiūnas, Experte beim Studienzentrum Osteuropa, gehalten. Pat

BREEN, Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Handel der beiden Kammern des irischen Oireachtas, fungierte als Berichterstatter.

Der Moderator des Workshops, Audronius AZUBALIS, betonte eingangs die strategische Bedeutung der Region, die die Länder der Östlichen Partnerschaft umfasst, für die EU. Er stellte die Verantwortung der EU für die Förderung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität in den Ländern der Östlichen Partnerschaft heraus. Die Notwendigkeit der Bewertung des russischen Drucks gegenüber diesen Ländern und einer klaren Reaktion von Seiten der EU wurde hervorgehoben.

Gunnar WIEGAND betonte, dass die Östliche Partnerschaft für eine strategische Politik der EU stehe, die den legitimen Bestrebungen der Partnerländer Rechnung trage und das beste Beispiel für den umfassenden Ansatz sei. Er wies darauf hin, dass die Unterstützung für die Länder der Östlichen Partnerschaft von Seiten der EU auf dem „mehr für mehr“-Grundsatz beruhe, der die Belange jedes Partnerlandes berücksichtigt. Er schilderte kurz den Status Quo in den Ländern der Östlichen Partnerschaft im Hinblick auf die Assoziierungsabkommen sowie vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen und skizzierte die Erwartungen an den 3. Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius. In diesem Zusammenhang wurde die Besorgnis über den Druck geäußert, den Russland gegenüber diesen Ländern ausübt. Es wurde betont, dass das hoheitliche Recht jedes Landes, seinen Weg in Richtung EU selbst bestimmen zu können, geachtet werden sollte. Der Redner stellte die während des Verhandlungsprozesses geleistete wichtige Arbeit heraus. Er wies auf die Notwendigkeit weiterer Bemühungen im Prozess des Umgangs mit ungelösten Konflikten in den Ländern der Östlichen Partnerschaft hin. Nach Ansicht von WIEGAND soll der Gipfel von Vilnius für die Länder der Östlichen Partnerschaft ein wichtiger Meilenstein auf ihrem Weg zur EU sein. Er unterstrich die wichtige Rolle der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments bei der Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft, vor allem im Hinblick auf die Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

Sofia ARKELSTEN erinnerte daran, dass Schweden sich seit jeher für verstärkte und vertiefte Beziehungen zwischen der EU und ihren osteuropäischen Nachbarn eingesetzt habe. Sie betonte, dass die Östliche Partnerschaft Ausdruck der Solidarität und der langfristigen Engagements gegenüber Osteuropa sei und das Interesse der EU an der Region zeige. Sei sei zudem eine Antwort auf die Bestrebungen der Partnerländer in Bezug auf eine engere Zusammenarbeit mit der EU. Sofia ARKELSTEN äußerte ihre feste Überzeugung, dass die Östliche Partnerschaft als prioritäre Aufgabe der EU-Außenpolitik weiterentwickelt werden sollte. Sie betonte auch, dass universelle Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte im Zentrum der Östlichen Partnerschaft stehen sollten. In diesem Zusammenhang forderte sie nachdrücklich die Förderung der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender. Die Rednerin betonte die Notwendigkeit, durch Verbesserung der zwischenmenschlichen Kontakte die Unterstützung zu erhöhen und die Zivilgesellschaft einzubeziehen. Sofia ARKELSTEN unterstrich die besondere Rolle von Parlamentariern, da ihre Beteiligung von entscheidender Bedeutung für die Fortführung des Dialogs und die Förderung demokratischer Reformen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft sei. Schließlich stellte sie heraus, dass Europa nicht an den Außengrenzen der EU ende und die Länder der Östlichen Partnerschaft nach Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union eine Beitrittsperspektive hätten.

Dr. Laurynas KAŠČIŪNAS gab einen umfassenden geopolitischen Überblick über die Länder der Östlichen Partnerschaft und ihre strategische Bedeutung für die EU. Er hob hervor, dass das strategische Umfeld in der Region äußerst komplex sei, da es neben der EU und ihrem Programm für die Östliche Partnerschaft noch weitere „Mitspieler“ gebe. Die von Russland initiierte Eurasische Union unterscheide sich qualitativ von allen früheren Initiativen in den GUS-Staaten. Der Redner erklärte, es gebe eindeutige Belege dafür, dass die EU und die Eurasische Union auf grundlegend unterschiedlichen Regeln und Standards beruhten. Im Gegensatz zur EU sei die Eurasische Union von autoritärer Politik, einer oligarchengesteuerten Wirtschaft und einem ungesunden Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik geprägt. Nach Auffassung von Dr. KAŠČIŪNAS hängt die weitere Entwicklung der Östlichen Partnerschaft von den Ergebnissen des Gipfels zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius ab. Er betonte darüber hinaus, dass die EU sich darüber im Klaren sein müsse, dass der Aufbau eines sicheren Europas noch nicht abgeschlossen sei und die EU lernen sollte, nach den Regeln der Realpolitik zu agieren, um den Prozess zum Abschluss zu bringen. Der Redner hob die Notwendigkeit hervor, über die Anreize nachzudenken, die die Östliche Partnerschaft den Partnerländern nach dem Gipfel von Vilnius bieten könnte. Es wurden

einige Ideen vorgestellt – das mögliche neue Konzept der Privilegierten Östlichen Partnerschaft, die entsprechend den Beziehungen zwischen dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz gestaltet werden könnte, oder das Angebot an die Länder der Östlichen Partnerschaft, sich an den ersten Stufen der Politikgestaltung der EU zu beteiligen.

Im Laufe der Debatte wurden von den Delegierten und Rednern verschiedene zentrale Themen angesprochen. Die Sorge über den politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Druck Russlands gegenüber den Ländern der Östlichen Partnerschaft und die Notwendigkeit einer geschlossenen Reaktion seitens der EU, die Achtung der Menschenrechte, Differenzen und Herausforderungen in Bezug auf die innenpolitische Lage in allen sechs Partnerländern, die laufenden Vorbereitungen für den Gipfel in Vilnius und dessen strategische Bedeutung, Maßnahmen der EU gegenüber Belarus und die „eingefrorenen“ Konflikte im Südkaukasus und in der Republik Moldau waren die wichtigsten während der Debatte angesprochenen Themen.

Arbeitsgruppe 2 – Die Überwindung der Kluft zwischen den Fähigkeiten und den Zielen der EU: auf dem Weg zum Europäischen Rat im Dezember

Der Workshop wurde von Petras AUŠTREVICIUS, Vizepräsident des Seimas der Republik Litauen, moderiert. Ioannis KEFALOGIANNIS, Mitglied des Ständigen Ausschusses für nationale Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten des griechischen Parlaments, fungierte als Berichterstatter. Petras AUŠTREVICIUS betonte eingangs, dass die EU im Bereich der Verteidigung sehr ambitioniert sei, da die Ziele während des Konjunkturaufschwungs festgelegt wurden, als die Verteidigungsausgaben stetig anstiegen. Daher gebe es nunmehr eine immer größere Kluft zwischen den Zielen und den verfügbaren Fähigkeiten. Der Moderator stellte heraus, dass nicht nur mehr Geld den Weg zur Entwicklung prioritärer Fähigkeiten ebnen könnte; die Reduzierung bzw. Beseitigung einiger Überkapazitäten insgesamt könnte diesem Zweck im gleichen Maße dienen.

Arnaud DANJEAN, Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, betonte, dass die Erwartungen im Hinblick auf den Europäischen Rat im Dezember realistisch sein müssten. Seiner Auffassung nach ist die Tatsache, dass die Ziele der EU im Bereich der Verteidigung verfehlt wurden, hauptsächlich auf das Fehlen wichtiger Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten und den fehlenden politischen Willen in Bezug auf die effiziente Allokation der vorhandenen Fähigkeiten zurückzuführen. Der Redner stellte auch fest, dass die EU gemeinsam agieren und einer aktivere Rolle spielen müsse.

Botschafter Michael ZILMER-JOHNS, Hochrangiger militärischer Berater für Sicherheit und Verteidigung beim Stellvertretenden Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes, hob hervor, dass Ziele absolut notwendig seien, um die Bürger und die Wirtschaft Europas zu schützen. Seiner Ansicht nach sollte die EU mit dem aktuellen Haushalt viel besser abschneiden. Der Redner wies auch auf die Notwendigkeit hin, in Technologie zu investieren und zivile Fähigkeiten weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang wurde die Unterstützung der Parlamente mit großer Dankbarkeit zur Kenntnis genommen.

Claude-France ARNOULD, Hauptgeschäftsführerin der Europäischen Verteidigungsagentur, betonte, dass sich die Erwartungen der EU in einem vernünftigen Rahmen bewegen sollten. Sie unterstrich die Notwendigkeit, sich darauf zu konzentrieren, mit dem derzeitigen Finanzvolumen mehr zu tun, sowie die Notwendigkeit klarer Programme und gemeinsamer Standards und Anforderungen. Wenn die EU die richtigen Programme und Maßnahmen vorhalte, könnte sie kleine und mittelständische Unternehmen in diesem Sektor retten. Die Rednerin stellte heraus, dass sich die EU in operativer Hinsicht nicht allein auf die Vereinigten Staaten stützen könne. Deshalb sei es wichtig, einen Verteidigungsfahrplan zu haben, damit man während des Gipfels im Dezember zu einem positiven Ergebnis gelangen könne.

Im Laufe der Debatte wurden von den Delegierten verschiedene zentrale Themen angesprochen. Die Teilnehmer sprachen hauptsächlich über den bevorstehenden Europäischen Rat im Dezember. Die Notwendigkeit, einen neuen Verteidigungsfahrplan zu erarbeiten, um im nächsten Jahrzehnt mit Verteidigungsfragen effizient umgehen zu können, wurde herausgestellt. Die Abgeordneten wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Staatschefs davon zu überzeugen, mehr Mittel für die Verteidigung bereitzustellen, und erklärten, dass Verteidigungsfragen prioritär

behandelt werden sollten. Manche betonten, dass auch EU-Strukturfonds für Verteidigungszwecke genutzt werden könnten.

In ihrer Antwort betonte Claude-France ARNOULD, dass die effiziente Nutzung von Energieressourcen im militärischen Sektor die Einsparung von Ressourcen ermögliche, und erklärte, dass die Europäische Kommission bereit sei, sich zukünftig in diesem Bereich zu engagieren. Sie wies auf die Bedeutung hin, im Rüstungssektor über starke europäische Unternehmen zu verfügen, die als internationale Akteure auftreten können, und hob hervor, dass industrielle Lösungen die Fähigkeiten liefern könnten, die die EU brauche.

